

Hintergrundpapier

Nr. 16 / Juli 2010

Vielfältiges Südafrika: prominente Liberale diskutieren die Bedeutung von Diversität für die Kapnation

von Katja Manuela Egger¹

Am 31. Mai 2010 fand in Kapstadt eine Dialogveranstaltung der parlamentarischen Fraktion der Democratic Alliance (DA), der langjährigen Partnerpartei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF), zum Thema Diversität statt. Während eines ganzen Tages beleuchteten die prominenten liberalen Redner Frau Dr. Mamphela Ramphele, Frau Helen Zille, Frau Rhoda Kadalie und Herr Athol Trollip das Thema „Diversität“ und seine Bedeutung für Südafrikas Gegenwart und Zukunft. Der nachfolgende Bericht fasst die wichtigsten Beiträge dieses so bedeutenden Dialoges zusammen. Die Veranstaltung wurde vom Büro der FNF in Kapstadt organisiert.

Diversität über die Hautfarbe hinaus

Diversität bedeutet Vielfalt und Vielfältigkeit bei Merkmalen wie Ethnie, Rasse, Geschlecht, Religion, Sprache, Kultur oder sexueller Orientierung. Ihr kommt – vor allem im Zusammenhang mit dem Diskriminierungsverbot aber auch mit der Rechtsgleichheit – im Grundrechtskatalog jeder demokratischen Verfassung eine zentrale Bedeutung zu. In Südafrika konzentriert sich der Diskurs um die Diversität auf Grund der Apartheidgeschichte hauptsächlich auf das Kriterium der „Rasse“. Der Diversitätsbegriff wird in der Kapnation also vorwiegend in einem engen Sinn verwendet, obwohl er eine Vielzahl von Merkmalen umfasst, die über die Hautfarbe hinausreichen.

Die *Democratic Alliance (DA)*, die langjährige Partnerpartei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF), versteht den Begriff der Diversität richtigerweise in einem weiten Sinn. Trotz-

¹ Büroleiterin der FNF in Kapstadt, Südafrika. Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung in Afrika finden Sie unter: www.africa.fnst.org

dem werden auch die Diskussionen in der DA zum Thema Diversität vor allem vom Merkmal der Hautfarbe dominiert. Dies rührt insbesondere daher, dass sich die DA immer wieder dem Vorwurf stellen muss, eine „weiße Partei“ (oder eine Partei nur für Weiße) zu sein. Dass die DA im Sinne des umfassenden Diversitätsbegriffs die wohl vielfältigste Partei Südafrikas ist, wird sowohl vom regierenden *African National Congress (ANC)*, wie auch von der bereiten Öffentlichkeit gerne verkannt.

Vernachlässigung afrikanischer Sprachen – Verlust von Diversität



Frau Dr. Mamphela Ramphele, Vizerektorin der Universität Kapstadt (Foto: Wikipedia)

Erste Gastrednerin war Frau Dr. Mamphela Ramphele, Vizerektorin der Universität Kapstadt und ehemaliges geschäftsführendes Vorstandsmitglied (GVM) der Weltbank. In ihrer Präsentation hob sie die Dominanz der englischen Sprache und die darin liegenden Probleme hervor. Das Überwiegen der englischen Sprache in Politik und Wirtschaft führe dazu, dass Südafrikaner ihre afrikanischen Muttersprachen vernachlässigten oder gar aufgäben. Diese Entwicklung stünde im Widerspruch zur südafrikanischen Verfassung, die elf verschiedene Sprachen als Nationalsprachen deklarierte und schütze. Mit der Vernachlässigung der afrikanischen Sprachen gingen auch die

kulturellen Facetten verloren, welche den eigentlichen Wert – den Reichtum von Diversität – ausmachten.

Appell zu mehr Empathie im liberalen Sprachgebrauch

Frau Ramphele monierte den Sprachgebrauch der *Democratic Alliance*: Als Oppositionspartei müsse die DA zwar kritisieren, jedoch sei die Sprache der DA manchmal zu harsch. *„Empathie zum Ausdruck zu bringen, ist ganz entscheidend, um Bürger von der eigenen Politik zu überzeugen. Manchmal wären weniger scharfe kritische Töne der DA angebrachter. Denn mit einem achtsameren, empathischen Sprachgebrauch kann der Bevölkerung gezeigt werden, dass man ihre Anliegen versteht“*, erläuterte Dr. Ramphele ihren Hinweis.

Politik der Mittelmäßigkeit hindert Südafrika an seiner Entwicklung

Dr. Ramphele wies auf das Scheitern des so genannten „Wiederaufbau- und Entwicklungsprozess“ (*Reconstruction and Development Process, RDP*), welcher von der Regierung unter Nelson Mandela initiiert wurde, hin. Letztere wollte die Bevölkerung mit Häusern, Schulen und Kliniken ausstatten, was allerdings in einem kompletten Misserfolg endete: Südafrika ist in seiner Wohnungsbaupolitik weit im Rückstand, der Ausbildungsstandard an öffentlichen Schulen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken, das Gesundheitswesen ist für die große Mehrheit der Bevölkerung unzulänglich und funktioniert lediglich im privaten Bereich. Dieser „Wiederaufbau- und Entwicklungsprozess“ habe – so Dr. Ramphele – keinerlei sprühende und nachhaltige soziale und ökonomische Entwicklung hervorgerufen. Südafrika habe bis jetzt noch nicht erkannt, dass seine Bürger als Schaffer der Entwicklung ihres Landes agieren müssten.

Die südafrikanische Regierung gäbe sich mit den mittelmäßigen Ergebnissen ihrer Politik zufrieden. Diese Mittelmäßigkeit gehe mit Südafrikas Politik der *affirmative action*² einher. Bei der Besetzung von politischen, öffentlichen und wirtschaftlichen Positionen seien die Hautfarbe und die ethnische Herkunft des Bewerbers entscheidender als die Qualifikationen, die er mitbrächte und die für die Stelle notwendig seien. In dieser krankenden Verkoppelung zwischen Mittelmäßigkeit und *affirmative action*-Politik läge Südafrikas größtes Hindernis begraben, um die reichen Früchte seiner diversen Gesellschaft auch ernten zu können. „*Es ist heuchlerisch, Vuvuzelas zu blasen und die südafrikanische Regenbogengesellschaft zu rühmen, wenn in Wahrheit einige Regenbogenfarben mehr erwünscht sind als andere*“, fasste Mamphela Ramphela ihre Meinung prägnant zusammen.

Drei Denkansätze zum Umgang mit Südafrikas Geschichte und seiner Diversität

Frau Ramphela beendete ihre Kurzpräsentation mit dem Hinweis, dass Südafrika dringend seine Geschichte verarbeiten und das Thema der Diversität aufarbeiten müsse. Dazu machte sie drei Vorschläge: Erstens müsse die südafrikanische Bevölkerung erkennen, dass sie sich grundsätzlich mit mangelhaften Leistungen zufrieden gäbe. Diese passive Zufriedenheit gelte es in eine Haltung umzuwandeln, die Erfolg anstrebe. Entwicklung bedinge zwingend ein Streben nach Erfolg, und Entwicklung könne nur dann nachhaltig sein, wenn sie nicht mit der Mittelmäßigkeit einschliefe. Zweitens müsse Südafrika erkennen, dass Sprache ein Spiegel verschiedener gesellschaftlicher Verhältnisse und Wertvorstellungen sei. Sprache stünde für sehr viele, nicht direkt sichtbare oder greifbare politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Tendenzen einer Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund habe sich Südafrika mit der Dominanz der englischen Sprache und der Vernachlässigung seiner anderen zehn offiziellen Sprachen auseinanderzusetzen. Und drittens müsse Südafrika dringend sein Schul- und Berufsbildungswesen reformieren. Diese Aufgabe sei nicht beendet, ehe junge Menschen alle die Möglichkeiten erhielten, zu denen sie in einem freien, demokratischen Staat berechtigt seien. Bildung müsse Menschen mit Wissen und Werkzeugen ausstatten, damit sie sich zu aktiven und freien Bürgern entwickeln und von ihren verfassungsgemäßen Rechten Gebrauch machen könnten.

Die liberale Rolle des Staates ist dreierlei



Im Rahmen der Podiumsdiskussion erwähnte Frau Helen Zille, DA-Parteivorsitzende und Premier der Westkap Provinz, dass es die Rolle des Staates klar zu definieren gelte. Aufgabe der politischen Parteien sei es, dafür zu sorgen, dass ihre politischen Überzeugungen und Grundsätze in einem Staatssystem umgesetzt würden. Im Zentrum der politischen Grundsätze müssten die Fragen stehen, was die Rolle des Staates und die Rolle aller anderen Akteure in einer freien Demokratie sei, und wie Staat und Akteure zusammen zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen könnten.

Helen Zille, DA-Parteivorsitzende

² *Affirmative action* ist eine Politik, die mit gezielten Handlungen versucht, gegen Diskriminierungen vorzugehen bzw. die Folgewirkungen von Diskriminierungen aus der Vergangenheit zu beheben.

Helen Zille fasste die Überzeugung der DA zur Rolle des Staates wie folgt zusammen: *„Für die DA ist die Rolle des Staates dreierlei: Erstens muss der Staat die Rechte und Freiheiten seiner Bürger schützen. Dies bringt eine beschränkte Staatsgewalt und beschränkte Macht von Politikern mit sich. Zweitens muss der Staat die Entwicklungsmöglichkeiten seiner Bürger erweitern. Diese Entwicklungsmöglichkeiten sind insbesondere durch Maßnahmen im Bereich des Schul- und Berufsbildungswesens, der Gesundheit und des öffentlichen Transports zu schaffen. Die dritte Aufgabe des Staates reicht weiter als die beiden ersten: Und zwar muss der Staat all das für seine Bürger tun, was diese nicht selbst tun können. Um diese letzte Frage dreht sich eine große Auseinandersetzung: Was kann von Bürgern verlangt werden, was aber können Bürger nicht selbst leisten? In welchem Ausmaß kommt hierbei individuelle Initiative ins Spiel? Und in welchem Umfang kann individuelle Initiative von Menschen verlangt werden, die sich selber als machtlose Bürger verstehen und die durch Jahrzehnte kolonialer Unterdrückung und durch die Apartheid zu solch machtlosen Bürgern gemacht worden sind?“*

Südafrika und Deutschland im Vergleich

„Aktive Bürger, die sich von machtlosen Opfern zu verantwortungsbewussten, aktiven Akteuren entwickelt haben; aktive Bürger, die bestehende Entwicklungschancen nutzten, um aus sich das Beste machen; Bürger, die eigene Ansichten, Meinungen und Visionen bilden...“, so sei die Bürgergesellschaft beschaffen, welche die *Democratic Alliance* in Südafrika bilden wolle, führte Helen Zille weiter aus. Die Bildung einer solchen Bürgergesellschaft bedinge einen riesigen kulturellen Wandel.

Wie unterschiedlich sich kultureller Wandel in einer Bevölkerung vollziehen könne, legte Helen Zille am Beispiel von Ost- und Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg dar: *„Zwei Staaten mit einem völlig unterschiedlichen eigenen Rollenverständnis, die aber aus einer Gesellschaft mit der gleichen Geschichte, mit der gleichen Kultur und mit dem gleichen Hintergrund hervorgingen, entwickelten zwei vollkommen unterschiedliche Bürgergesellschaften: Westdeutschland kreierte eine Gesellschaft von aktiven und freien Bürgern, die mit essenziellen Beiträgen die Entwicklung Westdeutschlands bewirkten. Ostdeutschland machte seine Bürger demgegenüber zu einer Gesellschaft von passiven, vom Staat abhängigen Opfern. Der Unterschied zwischen diesen zwei Beispielen ist der Staat, der seine Aufgabe und Funktion so fundamental anders interpretierte: Ein Staat, der eine psychosoziale Kultur der Weiterentwicklung aufbaute; und ein anderer Staat, der eine psychosoziale Kultur der Regression hervorbrachte.“*

Südafrika verfüge hinsichtlich seiner Zukunft ebenfalls über diese beiden Wahlmöglichkeiten. Mit seiner Politik habe der *African National Congress (ANC)* bisher allerdings wenig zur Entwicklung einer freien und starken Zivilgesellschaft beigetragen. Vielmehr bereichere sich eine kleine Elite rund um die nationale Regierung durch Korruption und Vetternwirtschaft und verkaufe ihren Machtmissbrauch und ihr kriminelles Handeln den Bürgern unter dem Deckmantel der *affirmative action* und des gesellschaftlichen Aufbaus. Solange die Opposition nicht erfolgreich wirksame Alternativen aufzeige, wie die Bürgergesellschaft gestärkt und das Vermächtnis der Apartheid überwunden werden könne, so lange werde die Macht, welche die politische Rhetorik bestimme, auch den politischen Alltag dominieren.

Die DA und Black Economic Empowerment (BEE)³

Zur Frage aus dem Plenum, wie die DA zum Prinzip des *Black Economic Empowerment (BEE)* stünde, antwortete Helen Zille, dass die Partei BEE im Grundsatz unterstütze. Im Gegensatz zur gegenwärtigen BEE-Praxis des ANC befürworte die DA jedoch ein BEE-Modell, das wahrhaftig Möglichkeiten für die gesamte Bevölkerung eröffne und nicht eines, das auf die Manipulation der gewünschten Quoten abziele und dabei ausschließlich einen kleinen Zirkel von gut vernetzten politischen Kumpanen begünstige.

Die Gleichstellung der Geschlechter



Rhoda Kadalie, Direktorin der Nichtregierungsorganisation IMPUMELO

Die Podiumsdiskussion rund um die Geschlechterfrage wurde von Rhoda Kadalie, Direktorin der Nichtregierungsorganisation IMPUMELO und freischaffende Journalistin, eröffnet. In Sachen Gleichberechtigung der Geschlechter bestünde die größte Herausforderung darin, dass die gegenwärtige Regierung und damit der *African National Congress (ANC)* sich weigere, Geschlechterfragen über Parteiloyalitäten zu stellen. Diese Tendenz sei bereits unter Thabo Mbekis Regierung festzustellen gewesen. Damals hätten sich Frauen in politischen Funktionen des ANC nicht gegen die weltweit kritisierte HIV/Aids Politik Mbekis gewehrt; dies obwohl in Südafrika Frauen bei weitem stärker von HIV/Aids und seinen Folgewirkungen betroffen seien als Männer.

Schon unter Mbeki habe das Parteilistenprinzip für das Schweigen der Frauen gesorgt: Danach seien die Frauen nämlich in erster Linie ihrer Partei und denjenigen Männern, die sie auf die Parteiliste gesetzt hätten, gegenüber verantwortlich; die Interessen der Wählerschaft stünden hinten an. An der heutigen Regierung bemängelte Rhoda Kadalie, dass das Ministerium für Frauenfragen, Behinderung und Kinder völlig funktionsunfähig sei, und keinerlei Verknüpfung zwischen diesem Ministerium, den Frauen im Parlament und der Frauenbewegung in der Zivilgesellschaft bestehe. Kadalie endete ihre Kurzpräsentation mit der Frage: „*Was soll man in einem Land mit einer derart hohen HIV/Aids Rate tun, in dem der Präsident aktiv polygam lebt und öffentlich zugibt promisk zu sein, ohne Kondome zu verwenden?*“

Einstehen für liberale Werte verlangt, eigene kulturelle Parameter zu hinterfragen

Während der anschließenden Diskussion im Plenum brachte Helen Zille einen wichtigen Hinweis zu unterschiedlichen kulturellen und religiösen Werten an: Die größte Herausforderung für Personen, die liberale Werte vertreten, bestehe dann, wenn diese Personen für Werte einstehen müssten, die nicht ihrem eigenen Kultur- und Glaubensverständnis entsprächen bzw. wenn sie

³ Das *Black Economic Empowerment (BEE)* Prinzip ist Teil der in Südafrika praktizierten Wirtschaftspolitik. Sie schreibt unter anderem gesetzlich vor, wie hoch bei privaten Kapitalgesellschaften die Summe der Anteile der schwarzen Anteilseigner sein muss, damit diese privaten Unternehmungen bei Ausschreibungen im Rahmen des öffentlichen Beschaffungsrechts überhaupt Zuschläge erhalten können.

liberale Werte gegen die Werte, Normen oder Glaubenvorstellungen vertreten müssten, mit denen sie aufgewachsen seien. „Tatsache ist“, so schloss Helen Zille, „*dass wahrhaftiges Entstehen für liberale Werte verlangt, auch eigene kulturelle Parameter zu hinterfragen, sobald diese Parameter Entwicklungsmöglichkeiten einer liberalen Gesellschaft beschränken oder zu beschränken drohen.*“

Diversität in der parlamentarischen Fraktion der DA



Athol Trollip, Vorsitzender der parlamentarischen Fraktion der DA

Für Athol Trollip, den Vorsitzenden der parlamentarischen Fraktion (*Parliamentary Leader of the Official Opposition*) steht im Zentrum die Frage, wie die parlamentarische Fraktion der DA mit der Diversität innerhalb der eigenen Fraktion umgeht. Alle Abgeordneten sollten immer wieder hinterfragen, wie sie in der Fraktion miteinander umgingen. Es sei wichtig zu verstehen, dass sie die Wähler nur dann überzeugen könnten, wenn die DA es schaffe, das Bild zu übermitteln, eine Partei für alle Südafrikaner zu sein. Um dieses Bild erfolgreich zu vermitteln, müsse sich die Partei immer wieder mit dem Thema der Diversität auseinandersetzen. Die DA müsse die Geschichte der südafrikanischen Bevölkerung verstehen, um unterschiedliche Wahrnehmungen und Handlungen der Bürger nachvollziehen und mit ihnen umgehen zu lernen. In diesem Sinne sei dies erst der Auftakt zu einer Reihe von weiteren Veranstaltungen zum Thema Diversität.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und
Internationale Politikanalyse
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter www.freiheit.org